

Geehrtes Haus! Indem ich in Verbindung mit dem in der heutigen geschlossenen Sitzung stattgehabten Ideenaustausche pflichtgemäß das Wort ergreife (Hört! Hört!), um mich über die in Folge der kräftigeren Anwendung des Unterseebootskrieges eingetretene Lage zu äußern, muß ich mich naturgemäß in erster Reihe mit der Natur des Unterseebootskrieges befassen. (Hört! Hört!)

Wir haben es mit einer neuen Waffe zu thun, die eigentlich in diesem Kriege zum ersten Mal verwendet wird. Die auf diese Waffe bezüglichen detaillierten Rechtsnormen haben sich daher aus dem praktischen Leben noch nicht herauskristallisieren können. Wir müssen daher die auf den Seekrieg bezüglichen allgemeinen Völkerrechtsregeln vorerst auch auf den Unterseekrieg anwenden, selbstverständlich in stimmungsmäßiger Weise, das heißt mit Berücksichtigung der spezifischen Natur dieser Waffe. (So ist's! So ist's!)

Aktuell wurde die Sache eigentlich in den Fällen der Blockade. Dort wirft sich die Frage auf, auf welche Weise die Blockade mit Anwendung der Unterseeboote durchgeführt werden kann. Und da erscheint es zweifellos, geehrtes Haus, daß es der inneren Natur der Tauchbootwaffe zuwiderliefe, wollte man auf sie die gleichen Rechtsnormen anwenden, die für andere Seefahrzeuge, die eine Blockade durchführen, bestehen. Das würde gegen die Natur der in Rede stehenden Waffe selbst verstößen, aber es wird dies auch durch das Vorgehen unserer Feinde unmöglich gemacht, die die Handelsdampfer bestückt und sie geradezu ermuntert und aufgefordert haben, die Unterseeboote anzugreifen und möglichst zu rammen oder durch Artilleriefeuer zu vernichten. (So ist's! So ist's!) Dieses Vorgehen läuft ja den Rechtsnormen schnurstracks zuwider, die hinsichtlich des Seekrieges bestehen. (So ist's!)

Allein überholt erscheint meines Erachtens diese ganze Frage auch schon durch den Umstand, daß unsere Feinde zum Zwecke der Durchführung der Blockade auf weiten Gebieten des Meeres in bisher nie beobachteten großen Dimensionen sich einer Waffe bedienen, die für die Neutralen zumindestens ebenso schadenbringend und gefährlich ist wie der Unterseebootskrieg. Es sind dies die sogenannten Minenfelder. (So ist's! rechts.) Unsere Feinde erklären ja weite Meeresflächen als Minenfelder, und sie sperren wichtige Handelsstraßen durch Minen ab. Sie legen Minenfelder auch mit der Folge für die neutrale Schifffahrt, daß jedes neutrale Schiff, oder jeder neutrale Passagier das Risiko auf sich nimmt, wenn sie in diesem Gebiete fahren, dort auf eine Mine aufzufahren und in die Luft gesprengt zu werden. Wenn dies erlaubt ist — und die Neutralen haben ja dagegen nicht Stellung genommen —, dann frage ich, warum nicht gewisse Theile des Meeres auch durch Unterseeboote sollten blockiert werden dürfen, wobei die neutrale Schifffahrt lediglich dem nämlichen Risiko ausgesetzt wäre, daß sie nämlich, wenn sie den noch in die im Vorhinein genau bezeichneten Gebiete sich begibt, dort möglicherweise dem Torpedo eines Unterseebootes zum Opfer fallen kann.

Geehrtes Haus! Dies war unser Standpunkt in dieser Frage vom Anbeginn. Bestärkt in diesem Standpunkte mußten wir werden durch den Umstand, daß unsere Feinde nicht diesen schär-

feren Unterseebootskrieg, aber den wirklich und völlig schonungslosen Unterseebootskrieg gegen uns angewendet haben. Unsere sämtlichen Handels- und Passagierdampfer, die feindlichen Unterseebooten zum Opfer fielen, sind ja ohne vorhergehende Warnung torpediert worden. (So ist's! rechts.)

Auch haben wir in der That nicht wahrgenommen, daß die Zulässigkeit dieser Waffe von anderen neutralen Staaten beanstandet worden wäre, als einzig von den Vereinigten Staaten von Amerika. Gegen unseren Standpunkt haben lediglich die Vereinigten Staaten Einspruch erhoben. Wir alle erinnern uns des Notenwechsels, welcher in einem früheren Stadium dieses Krieges eben in dieser Sache sowohl zwischen der Regierung unserer Monarchie und den Vereinigten Staaten, wie zwischen der deutschen Reichsregierung und den Vereinigten Staaten stattfand. Damals, geehrtes Haus, waren wir, um weiteren Meinungsunterschieden und Reibungen vorzubeugen, in vollem Einvernehmen mit unserem deutschen Verbündeten aus Zweckmäßigkeitsgründen bereit, einstweilen uns des Gebrauchs einer Waffe zu enthalten, zu deren Berechtigung wir uns stets bekannten, von deren Berechtigung wir überzeugt waren und auch heute überzeugt sind.

Heute, geehrtes Haus, verhält sich die Sache anders. Heute wird uns solche Enthaltung durch das Auftreten unserer Feinde unmöglich gemacht, die als Antwort auf die von unserer und gerade auch von der Seite des Präsidenten der Vereinigten Staaten erfolgten Friedensangebote unsere Vernichtung in der brutalsten Weise proklamieren. (So ist's! So ist's!) Einer solchen Erklärung gegenüber kann es keine andere Antwort geben, als die Verteidigung unseres angegriffenen Lebens mit Inanspruchnahme aller uns zur Verfügung stehenden berechtigten Mittel. (So ist's!) Ueberflüssig hat uns jede weitere Enthaltung ferner auch das Vorgehen Englands gemacht, das wenige Tage vor Beginn unserer jüngsten maritimen Aktion Seegebiete von riesenhaftem Umfang als Minenfelder erklärt hat, auf denen diese Handlung einen direkt aggressiven Charakter besitzt und die Schifffahrt der neutralen Staaten Nordeuropas direkt behindert und gefährdet. (So ist's!) Und schließlich nehmen wir jetzt Zuflucht zu dieser Waffe in dem Bewußtsein, daß alle Vorbedingungen des vollen Erfolges vorhanden sind (Ehrenrufe rechts), daß mithin der Zeitpunkt für die erfolgreiche Anwendung dieses Mittels gekommen ist. (Ehrenrufe rechts.)

Das waren, geehrtes Haus, die Gesichtspunkte, die die Regierung des Deutschen Reiches und der Monarchie bewegen haben, den kräftigeren Unterseebootskrieg zu beginnen. Wir thaten dies mit möglichst weitgehender Rücksicht auf die neutrale Schifffahrt, für welche wir offene Wege gesichert haben. Bisher haben wir auch keinerlei Ursache zu der Annahme, als ob dieser unser Entschluß bei dem größten Theile der neutralen Staaten nicht auf das entsprechende Verständnis stoßen würde. Einzig die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika hat diesen Schritt mit dem Vorwurfe der diplomatischen Beziehungen mit dem Deutschen Reich beantwortet. Geehrtes Haus! Wir können uns trotzdem der Erwartung nicht verschließen, daß auch die Regierung der Vereinigten Staaten alle jene Gesichtspunkte, die uns geleitet haben, erwägen wird, ehe sie sich zu einer Handlung entschließt, die nach unserer Ueberzeugung der großen und heiligen Sache der Menschheit und des Friedens in ebenfolchem Maße wie den eigenen Interessen

der Vereinigten Staaten abträglich wäre. (So ist's!) Wir haben ja deshalb zu dieser Waffe gegriffen, weil wir sie als eines der wirksamsten Mittel zur Erreichung eines baldigen Friedens betrachten; wir haben zu ihr gegriffen, um jenen Frieden näher zu bringen, der auf der nämlichen grundsätzlichen Basis steht, wie der Präsident der Vereinigten Staaten verkündet hat. Wir stehen auch heute noch auf dem Standpunkte des vom Herrn Präsidenten Wilson vorgeschlagenen Friedens, der Niemanden in seinen Daseinsbedingungen angreifen, Niemanden demüthigen will und die Eignung besitzt, einem dauerhaften Frieden zur Grundlage zu dienen. (Lebhafte Zustimmung.) Wir stehen auch heute noch zur Verhandlung bereit, sowie wir die Bürgschaft gewinnen, daß unsere Feinde zur Erreichung eines solchen Friedens mit uns zu verhandeln geneigt sind.

Solange jedoch dies nicht der Fall ist, solange unsere Feinde uns nach dem Leben trachten, sind wir genöthigt und entschlossen, zur Zurückweisung dieses unmenschlichen und verbrecherischen Anschlages unter allen Umständen uns aller berechtigten Mittel zu bedienen, die zur Gewährleistung des Erfolges geeignet sind. (Allgemeine lebhafte Zustimmung. Applaus rechts.)

Ich richte an das geehrte Haus die Bitte, diese meine Erklärung, die ich bei der Natur der Sache in vollem Einvernehmen mit dem Herrn Minister des Aeußern, und ich kann hinzufügen, auf Grund der mit ihm gepflogenen Besprechung, gethan habe, zur Kenntniß nehmen zu wollen. (Allgemeine lebhafte Zustimmung. Applaus rechts.)

Meinungen der Parteiführer.

Graf Albert Apponyi: Es sind kaum einige Wochen verstrichen, daß hier im Hause das seitens der Centralmächte angemeldete Friedensangebot mit ungetheiltem Beifall aufgenommen wurde. Dieses Anerbieten aber wurde von unseren Gegnern höhniisch zurückgewiesen. Sie stellten demgegenüber ein Programm auf, wonach der Militarismus Deutschlands vernichtet werde. Der aggressivste Theil aber richtete sich in erster Linie gegen die Türkei und dann gegen die österreichisch-ungarische Monarchie und ganz besonders gegen Ungarn, indem ganz einfach die Zerstückelung unseres Landes in Aussicht genommen wurde. Gibt es nun, geehrtes Haus, einen Ungarn, der geneigt wäre, sich bezüglich der Aufhebung des tausendjährigen Ungarns auch nur in eine Diskussion einzulassen? Und wäre es nicht ein Attentat auf die großen menschlichen Interessen, gegen die Völkerfreiheit, wenn ein auf einer tausendjährigen Verfassung, auf der Freiheit aufgebaute Staat zugrunde gerichtet werden würde? (Wahr! So ist's!) Solange ein Ungar auf der Welt lebt, kann nicht davon die Rede sein, daß der Friede auf Grund der Zerstückelung Ungarns zustande komme. (Wahr! So ist's! Applaus.) Und dieser cynischen Zurückweisung unseres Friedensangebotes gegenüber konnte der Präsident der Union keinen direkten Schritt thun, sondern erklärte in einer Botschaft an den Senat seinen Standpunkt, welcher wohl vielseitig gedeutet wurde, aber dennoch nothwendigerweise nicht direkt gegen uns gerichtet betrachtet werden konnte. Diese Aktion Wilson's wurde von uns mit Sympathie aufgenommen, während sie seitens der Entente die schärfste Zurückweisung erfuhr. Damit sollte ausgedrückt werden, daß sie jede Friedensvermittlung auf das entschiedenste perhorreszire. Unter solchen Umständen, bleibt für uns nichts Anderes übrig, als den uns aufgezwungenen Kampf mit der größten Energie fortzusetzen. (Wahr! So ist's!) Denn je größere Energie wir entfalten können, desto mehr Aussicht ist dafür vorhanden, daß wir unsere Feinde von ihrem verrückten Programm entnähern und sie auf eine solche Basis zurückbringen, die den Friedensschluß ermöglicht. (Wahr! So ist's!) Redner wendet sich sodann an die Neutralen, in deren Interesse es gleichfalls liegt, daß der Krieg je früher zum Abschluß komme. Die Unannehmlichkeiten, die der verschärfte Unterseebootskrieg ihnen bringt, ist jedenfalls ein kleineres Uebel, als die Fortsetzung des Krieges ins Uferlose. Redner hofft deshalb, daß die Neutralen, die bisher zur Frage nicht Stellung genommen haben, sich nur von ihren eigenen Interessen leiten lassen und uns keine Schwierigkeiten machen werden, und daß auch die Union nicht weiter gehen werde, als sie bisher gegangen ist. Dem Redner bietet der Gedanke Beruhigung, daß die Meinungsverschiedenheit, das Schwanken, welche bezüglich der Art der Fortsetzung

des Krieges bisher zwischen den Sachautoritäten obwalteten, nunmehr ein Ende erreicht haben. Redner billigt es in vollem Maße, daß wir alle uns zur Verfügung stehenden schärfsten Mittel zu dem Zwecke in Anwendung bringen, um den Krieg für uns zum siegreichen Ende zu führen und damit die Schaffung eines solchen Friedens beschleunigen, welcher berufen ist, der Menschheit die Ruhe, ferner die Möglichkeit des Fortschrittes zu sichern. (Lebhafter Beifall, Ehrenrufe und Applaus.)

Graf Julius Andrássy erklärt, daß heute von Friedensverhandlungen nicht mehr gesprochen werden kann, denn in dieser Stunde sind wir in den schärfsten Krieg eingetreten, welcher uns so berechtigter ist, als nach der heutigen Rede des englischen Ministerpräsidenten Lloyd-George der zu schaffende Frieden den Sieg der Entente zur Voraussetzung hat. Wir müssen deshalb in der energischsten Weise alle uns zu Gebote stehenden Mittel anwenden, um unsere Gegner von ihrer Wahndee zu heilen. Wir werden den uns aufgezwungenen Kampf zu Ende führen, und dieser Kampf kann nicht anders als mit dem Triumph unserer Waffen endigen. Redner vertraut vollständig darin, daß das mit dem verschärften Unterseebootskrieg angestrebte Ziel, die Beschleunigung des Friedensschlusses, auch wirklich erreicht werden wird. In dieser Voransetzung und weil er die neueste Aktion der Centralmächte billigt, nimmt er die Erklärung des Ministerpräsidenten zur Kenntniß. (Allgemeine lebhafte Zustimmung.)

Graf Michael Károlyi bedauert, mit den Ausführungen der Vorredner nicht vollständig übereinstimmen zu können. Er habe diesbezüglich wichtige Bedenken, welche er bereits in der geschlossenen Sitzung erörtert hat. Er würde es sehr bedauern, wenn es zu einem kriegerischen Konflikt mit Amerika kommen würde; er hofft jedoch, daß das nicht der Fall sein werde. Er wolle nur noch soviel sagen, daß er vom Gesichtspunkte des Weltfriedens die Verschärfung des Unterseebootskrieges nicht billigen könne.

Stephan Károlyi erklärt, er sei selbst ein Pazifist, dennoch billige er vollständig die Verschärfung des Unterseebootskrieges, mit welcher Aktion er vollständig übereinstimmt. Mit dem Grafen Károlyi polemisirend, meint er, daß wir nicht anders handeln könnten. Wenn die Union mit dem gleichen Maße unsere Handlungen und die unserer Gegner gemessen hätte, dann wäre es zu diesem blutigen Endkampfe nicht gekommen. Er nimmt die Erklärung des Ministerpräsidenten zur Kenntniß.

Die neue Sitzungsbildung.

Vizepräsident Elemér Simontsits meldet, daß Graf Stephan Bethlen einen schriftlichen Antrag eingebracht habe, monach die Sitzungen von 3 bis 9 Uhr Nachmittags dauern sollen. Ueber diesen Antrag wird am Schlusse der morgigen Sitzung ohne Debatte mittels einfacher Abstimmung entschieden werden.